



Mit beständigem Engagement
in die Zukunft!

Gleich zwei Volksaufträge hat die Junge CVP Kanton Solothurn zu Beginn dieses Jahres eingereicht («Angemessene Bildungsmöglichkeiten auch in den Randregionen» und «Eigenständiges Fach, Politische Bildung»). Auch wenn letztlich beide vom Kantonsrat als «nicht erheblich» erklärt wurden, darf die JCVP stolz sein auf das in den letzten Jahren Erreichte: Kontinuierlich steigende Mitgliederzahlen, das stärkste Ergebnis einer Jungpartei bei den Nationalratswahlen 2015 im Kanton Solothurn sowie eine erhöhte mediale Präsenz.

Dass die Volksaufträge abgelehnt wurden ist nicht weiter erstaunlich. Die angespannte finanzielle Situation stellt eine grosse Hürde für neue Ideen dar. Zudem sind die Jungen im Kantonsrat untervertreten und die Notwendigkeit der Umsetzung der Volksaufträge ist daher weniger im Bewusstsein der Parlamentarier. Die JCVP hat jedenfalls Engagement gezeigt und wird von den beiden «Niederlagen» lernen und vor allem dranbleiben.

Dass sich ein beständiges Engagement in der Politik früher oder später auszahlt, durfte ich gleich persönlich erleben: Am 28. Juni 2016 wurde ich als jüngstes Mitglied des Solothurner Kantonsrats vereidigt. Wer hätte das gedacht, nachdem ich bei den letzten Kantonsratswahlen auf dem vierten Ersatzplatz gelandet bin? Ich zumindest nicht. Umso mehr freue ich mich, alles für einen starken Kanton Solothurn zu geben und mich für die Anliegen der Jungen einzusetzen.

Die nächsten Kantonsratswahlen stehen vor der Tür. Viele Mitglieder der Jungen CVP haben sich bereits für eine Kandidatur entschieden. Geben Sie ihnen eine Chance! Danke.

Jonas Hufschmid, Kantonsrat
Vorstandsmitglied Junge CVP Kanton Solothurn

Kantons- und Regierungsratswahlen 2017

Die Vorbereitungen für die Kantons- und Regierungsratswahlen sind angelaufen. Ein Wahlleiterteam unter der Leitung von Nationalrat Stefan Müller und Wolfgang von Arx treibt die Kandidatensuche voran. Zusammen mit Parteisekretärin Michelle Heuberger, Kantonalpräsidentin Sandra Kolly und den Leitern der Fachgruppen Finanzen, Personelles, Inhalte, Werbung und Interessengruppen bilden sie das Kernteam. Die Fachgruppen arbeiten autonom und bringen ihre Ergebnisse in den Wahlausschuss (abgekürzt WAS) ein, der monatlich tagt.

Unser erstes Ziel sind 72 Kandidatinnen und Kandidaten für die Kantonsratswahlen zu nominieren. Wenn jemand selber Interesse an einer Kandidatur hat, helfen Sandra Kolly und Wolfgang von Arx (079 211 13 72) gerne bei der Umsetzung. Diese zwei suchen auch Leute, die einfach bei den Wahlen mithelfen wollen oder gute Ideen anzubieten haben. Termine und Kandidierende werden wir laufend auf www.cvp-so.ch nachführen.

Bisher sind folgende Termine von Nominationsversammlungen bekannt:

- ▶ Donnerstag, 27. Oktober, in der Amtei Olten-Gösigen
- ▶ Donnerstag, 10. November, Nominationsversammlung der Regierungsräte der kantonalen CVP
- ▶ Mittwoch, 23. November, in der Amtei Thal-Gäu mit dem neuen Bundeskanzler Walter Thurnherr als Gast
- ▶ Montag, 28. November, in der Amtei Bucheggberg-Wasseramt
- ▶ Die Daten in den Amteien Dorneck-Thierstein und Solothurn-Lebern sind noch nicht festgelegt.

Die Orts- und Amteipräsidenten sind aufgerufen, Termine von Wahlveranstaltungen laufend an strebel.luca@hotmail.com zu mailen.

Agenda

- ▶ Sonntag, 25. September 2016
Eidg. Abstimmungstermin
- ▶ Samstag, 29. Oktober 2016
Delegiertenversammlung CVP Schweiz
- ▶ Donnerstag, 10. November 2016
Delegiertenversammlung CVP Kanton Solothurn mit der Nomination der Regierungsräte
- ▶ Sonntag, 27. November 2016
Eidg. Abstimmungstermin
- ▶ Donnerstag, 12. Januar 2017
Delegiertenversammlung CVP Kanton Solothurn mit dem neuen Präsidenten der CVP Schweiz, Gerhard Pfister

Adressen

Präsidentin CVP Kanton Solothurn

Sandra Kolly, Fülenbacherstrasse 32, 4623 Neuendorf, Telefon 079 372 88 69
praesidium@cvp-so.ch

Sekretariat CVP Kanton Solothurn

Michelle Heuberger, Hähnimatte 7, 4556 Aeschi
Telefon 062 961 08 37, info@cvp-so.ch

Finanzen

Brigitte Lüthi-Kofmel, Bergackerstrasse 5, 4557 Horriwil, Telefon 032 614 15 54, finanzen@cvp-so.ch
Raiffeisenbank Wasseramt Mitte, 4552 Derendingen
Konto CH81 8093 8000 0038 5846 9, Postkonto 45-3537-6

JCVP Kanton Solothurn

Luca Strebel, Jurastrasse 10, 4522 Rüttenen
Mobile 079 244 04 68, luca.strebel@jcvp-so.ch

Simon Grünig, Hauptstrasse 10, 4552 Derendingen
Mobile 079 266 09 69, simon.gruenig@jcvp-so.ch

CVP 60+ Kanton Solothurn

Peter Henzi, Maulbeerweg 18, 4512 Bellach,
Telefon 032 618 13 07, cvp60plus@cvp-so.ch

Impressum

Redaktion Ueli Custer
«Persönlich.» Erlenweg 13, 4514 Lommiswil
redaktion@cvp-so.ch

Herausgeber CVP Kanton Solothurn

Jahresabonnement CHF 30.- (4 Ausgaben)

Redaktion Ueli Custer
in Zusammenarbeit mit dem Präsidium der Kantonalpartei und Vertretern der JCVP, der CVP 60+, des Kantonsrates und der eidgenössischen Räte

Gestaltung und Realisation Brandl & Schärer AG, Olten
www.brandl.ch

Druck Druckerei Schöni, Zuchwil

CVP im Internet
www.cvp-so.ch
Luca Strebel, webmaster@cvp-so.ch
www.jcvp-so.ch



Persönlich.



Solothurn Ein Kanton der Regionen

□ Es gibt keinen Kanton, der so verzweigt ist wie der Kanton Solothurn. Der zerfetzte Umriss wird durch einen Volksspruch veranschaulicht: «Wenig Speck und viele Schwarten, viel Haag und wenig Garten.» Der Kanton Solothurn hat gelernt, mit diesen Voraussetzungen umzugehen, spricht die einzelnen Regionen gebührend zu berücksichtigen. Dazu gehört auch die Erschliessung mit öffentlichem Verkehr.

Es liegt auf der Hand, dass der Aufwand für eine zufriedenstellende Erschliessung in einem Kanton, der praktisch ausschliesslich aus Randregionen besteht, grösser ist, als bei einem kompakteren oder weniger gegliederten Kanton. Trotzdem wurde dieser Aufwand bisher geleistet. Wenn Pläne bestehen, dies zu ändern, indem Angebote gestrichen werden sollen, dann stösst das verständlicherweise nicht nur auf Gegenliebe.



Licht am Ende
des Weissensteintunnels?

Genau dieses Ungemach droht aber derzeit der Solothurn-Moutier-Bahn (SMB) und dem Läubelfingerli (S9 oder Kurs Nr. 503). Die SMB ist aufgrund der hohen Sanierungskosten des Weissensteintunnels in Gefahr. Der Bund entscheidet über das Weiterbestehen. Bei der S9 ist es der Kanton Basel-Landschaft, der aus Kostengründen über den Weiterbetrieb der Linie entscheidet. Wo stehen wir?

Weissensteintunnel: Studie wird ergänzt
Der Kanton Solothurn wehrt sich gegen die Schliessung des Weissensteintunnels. Argumente für den Weiterbetrieb soll eine «Vertiefte Studie Weissensteintunnel» liefern, welche der Kanton in Auftrag gegeben hat. Aber auch das Bundesamt für Verkehr hat sich an den Kosten der Studie beteiligt, um über die notwendigen Entscheidungsgrundlagen zu verfügen. >

Editorial «Die Zukunft beginnt jetzt!»

□ Unter diesem Motto stand der diesjährige Sommerparteitag der CVP Schweiz. Im Rahmen des vom Parteipräsidium lancierten Projektes «CVP2025» konnten die Teilnehmenden ihre Vorstellungen dazu äussern, wie die Zukunft der CVP aussehen soll. Durch diesen breit abgestützten Reformprozess soll die organisatorische und inhaltliche Basis gelegt werden für eine erfolgreiche Politik in den nächsten Jahren. Ziel ist, langfristig – und nicht nur für die nächsten Wahlen – eine Perspektive für die CVP zu schaffen und damit schweizweit wieder Wähleranteile zu gewinnen.

Weiter sollen der Ist- und der Soll-Zustand der Partei mit drei konkreten Fragen in Erfahrung gebracht werden. Diese wurden nicht nur von der Parteileitung, der Bundeshausfraktion und von kantonalen Vertretern beantwortet, sondern auch von den Teilnehmenden des Sommerparteitages.

- ▶ Was gefällt mir und soll beibehalten werden?
- ▶ Was gefällt mir nicht und soll wegfallen?
- ▶ Was fehlt noch und soll neu dazukommen?

Alle Inputs werden nun im Generalsekretariat ausgewertet, sodass die Ergebnisse im Herbst vorliegen. Bis Ende Jahr wird die Ausgangslage festgehalten und die Ziele können formuliert und präsentiert werden. Im Frühjahr 2017 werden die Massnahmen zur Umsetzung feststehen. Auf die Umfrage-Ergebnisse darf man gespannt sein. Eines ist aber heute schon klar: Soll die CVP

weiterhin Erfolg haben und wieder zulegen können, braucht es den Einsatz von uns allen!

Unsere Kantonalpartei hat ebenfalls eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich vertieft mit der künftigen Ausrichtung befasst. Dazu gehören eine weitsichtige Personalplanung, eine kluge Strategie, Themenkompetenz und die Schärfung unseres Profils. Um Wahlen zu gewinnen, braucht es zudem ein weiteres sehr wichtiges Element, und zwar dass wir unsere gesamte Basis mobilisieren können. Und das muss einmal mehr unser Ziel für die Regierungs- und Kantonsratswahlen vom 12. März 2017 sein! Nur so haben wir Chancen, dass unsere beiden Regierungsräte schon im ersten Wahlgang wiedergewählt werden und wir unsere 22 bisherigen Sitze im Kantonsrat mindestens verteidigen können.

Ich zähle auf Sie und danke Ihnen herzlich für Ihren Einsatz und Ihre Unterstützung!

Sandra Kolly,
Präsidentin CVP Kanton Solothurn





**Das Läufeingerli
auf dem viel fotografierten
Viadukt von Rümlingen**

Die Resultate der Studie liegen vor und wurden der Öffentlichkeit zur Stellungnahme unterbreitet. Auch diese Vernehmlassung ist abgeschlossen und ausgewertet. Fazit: Das Interesse an der Mitwirkung war gross und die Studie wird grundsätzlich positiv beurteilt. Auf Wunsch einzelner Gemeinden, Verbände und Parteien hat der Regierungsrat aufgrund der grossen Tragweite des Bundesentscheides beschlossen, die Studie um einige Aspekte zu ergänzen.

Diese Ergänzungsstudie wird zusammen mit der «Vertieften Studie Weissensteintunnel» die Grundlage liefern für die abschliessende Stellungnahme des Regierungsrates an das Bundesamt für Verkehr in Bern. Die Hauptaussage der Stellungnahme ist schon heute klar: Wir wollen den Weissensteintunnel erhalten. Es gibt sehr viele Argumente dafür. Nur eines spricht dagegen: Das Geld. Was es aber nicht gibt, sind vergleichbare und somit akzeptable Alternativen.

Läufeingerli: (K)ein zweiter Fall Weissenstein?

Auch bei der S9 steht die Zukunft des Bahnbetriebs zur Diskussion. Doch im Gegensatz zum Weissensteintunnel wird der Zustand der Bahninfrastruktur hier vom Bund nicht in Frage gestellt. Es ist der Betrieb der Linie mit den geringen Frequenzen und der ungenügenden Wirtschaftlichkeit, die dem Kanton Basel-Landschaft Sorgen bereiten.

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft wird sich dazu äussern, ob die Linie Sissach-Läufeingerli-Trimbach-Olten weiterhin als Bahnlinie betrieben oder auf Bus umgestellt wird. Wir haben uns den Plänen einer kurzfristigen Umstellung der letzten drei Zugspare am Abend auf Bus erfolgreich widersetzt.

Sollte der Landrat des Kantons Basel-Landschaft an einem Umstellungsentscheid festhalten, werden der Kanton Basel-Landschaft und

der Kanton Solothurn gemeinsam das zukünftige ÖV-Angebot definieren müssen. Eine Umstellung kommt für uns einzig in Frage, wenn für den Kanton Solothurn eine adäquate, zufriedenstellende Lösung erreicht werden kann.

Alle Regionen brauchen akzeptable Erschliessungen

Wir sind ein Kanton der Regionen und es ist unsere Aufgabe und Pflicht, diesen Regionen gerecht zu werden - auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Sowohl die Solothurn-Moutier-Bahn, wie auch das Läufeingerli stehen unter Druck. Die Ausgangslagen sind zwar unterschiedlich, aber nicht das anzustrebende Resultat: Alle betroffenen Regionen brauchen akzeptable Erschliessungen. Dafür setzen wir uns ein.

Roland Fürst, Regierungsrat CVP, Gunzgen

Foto: Jürgen Walter

Ein klares Nein zur «AHVplus»-Initiative

Wer möchte das nicht? Zehn Prozent höhere Renten für alle heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentner. Das verlangt die Volksinitiative «AHVplus» der Gewerkschaften, die am 25. September zur Abstimmung kommt. Aber Achtung: Die Initiative nützt den Falschen. Und vor allem wäre sie derart teuer, dass die AHV, unser wichtigstes Sozialwerk, in einer finanziell ohnehin schwierigen Phase gefährdet würde.

Als Mitglied der ständerätlichen Gesundheits- und Sozialkommission sehe ich fünf wichtige Argumente, die mich zur Ablehnung der Initiative bewegen haben:

1 Milliardenkosten

Unsere Altersvorsorge ist weltweit beispielhaft, steht aber vor finanziellen Schwierigkeiten. Die steigende Lebenserwartung und die sinkenden Anlagerenditen bringen die AHV immer mehr ins Ungleichgewicht. Immer weniger junge Erwerbstätige müssen immer mehr Renten finanzieren. Bereits 2014 hat die AHV mehr ausbezahlt als eingenommen. Werden keine Gegenmassnahmen ergriffen, fehlen bis 2030 schon mit den aktuellen Renten jährlich 7,5 Milliarden Franken. Mit der Initiative wären es 2030 nochmals 5,5 Milliarden Franken mehr. Um die Renten zu sichern, braucht es eine Gesamtreform. Die Initiative ist das pure Gegenteil!

2 Nein zur Gefährdung der Altersreform 2020

Die «Altersreform 2020» ist das wichtigste Projekt der kommenden Jahre, um die AHV wieder auf sicheren Boden zu stellen. Die CVP hat sie im Ständerat massgeblich geprägt. Diese Reform darf nicht scheitern, wenn wir die Renten auch morgen garantieren wollen. Die Reform 2020 ist eine umfassende Reform, welche nicht nur die AHV- sondern auch die Pensionskassenrenten sichert. Es ist unverständlich und geradezu fahrlässig, in der jetzigen Situation mit einer massiven Erhöhung der AHV-Renten die Reform kurz vor Verabschiedung zu untergraben.

3 Nein zum Giesskannenprinzip

Die Initiative will eine Erhöhung der Altersrente um zehn Prozent im Giesskannenprinzip auf alle verteilen. Statt der Altersarmut entgegenzuwirken, nützt diese Erhöhung gerade den unteren Einkommen wenig: Bei der Minimalrente würden wir von einer Erhöhung von 1170 Franken auf 1280 Franken sprechen, bei der Maximalrente wäre die Erhöhung jedoch von 2340 auf 2580 Franken - total erhalten die höheren Einkommen also bedeutend mehr zusätzlich. Jene, die es gar nicht nötig haben, bekommen also mehr - auf Kosten aller. Das muss verhindert werden.

TEURER GRÜNER ZWANG

NEIN
ZUR INITIATIVE GRÜNE WIRTSCHAFT



Ein gefährlicher Weg hin zum richtigen Ziel Nein zur Volksinitiative «Grüne Wirtschaft»

Die grüne Partei will mit ihrer Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» in der Verfassung eine grüne Kreislaufwirtschaft vorschreiben. Bis im Jahr 2050 soll die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch um zwei Drittel reduzieren. Bund, Kantone und Gemeinden sind verpflichtet, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen.

Wohlgemerkt: Das Ziel an sich ist gut gemeint. Die Schweizerinnen und Schweizer brauchen mehr Ressourcen pro Kopf als unser Planet hergibt. Das kann langfristig nicht so weitergehen. Bloss: Die Grünen schiessen mit ihrer Initiative weit über das Ziel hinaus und sie beschreiten die falschen Wege. Und zwar schon im Ansatz: Der Initiativtext verwendet das Konzept des «ökologischen Fussabdrucks», um die Umweltbelastung zu messen. Das ist erstens ein künstlicher und schwer verständlicher Begriff, der geradezu

nach aufgeblähter Administration schreit, und zweitens fachlich falsch, da dadurch beispielsweise das Metallrecycling nicht erfasst würde.

Die Zielgrösse der Initiative, der «ökologische Fussabdruck Eins», geht viel zu weit. Sie entspricht einer Senkung des aktuellen Ressourcenverbrauchs um mindestens zwei Drittel. Bereits eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 40 Prozent ist aber nur mit äusserst einschneidenden Massnahmen möglich (u.a. in der Energie-, Raumplanungs- oder Waldpolitik). Zudem ist diese statische Betrachtungsweise für die Zielsetzung falsch. Denn dynamische Grössen wie Wirtschaftsentwicklung und der Bevölkerungszuwachs bis 2050 weltweit und in der Schweiz fehlen in der Berechnung. Erschwerend kommt hinzu, dass die «Belastbarkeit der Erde» weiter sinkt, was dazu führt, dass der Ressourcenverbrauch noch weiter sinken muss.

Zementierung der Hochpreisinsel Schweiz

Konkret wird das bedeuten, dass wir Lenkungsabgaben auf Reisen, Nahrungsmittel und Mieten einführen müssten. Die Hochpreisinsel Schweiz wird zementiert, der Mittelstand kann sich keine Ferien am Meer und keine etwas grosszügigere Wohnung mehr leisten. Die neuen Vorschriften und Verbote – übrigens alle neu auf der Bundes-

ebene und nicht mehr beim Kanton – behindern Wettbewerb und Innovation und schwächen dadurch den Werkplatz Schweiz.

Die Richtung, welche die Grünen einschlagen wollen, ist richtig. Die Schweiz muss ihren Ressourcenverbrauch eindämmen. Unsere Bundesrätin Doris Leuthard, unterstützt von der Fraktion, wollte deshalb der Initiative einen Gegenvorschlag entgegenstellen, welcher die Ressourceneffizienz im Umweltschutzgesetz verankert. Dieser Gegenvorschlag wurde aber vom Parlament versenkt. Statt verhältnismässigen Zielen und sinnvollen Massnahmen im In- und Ausland (wo der Grossteil unseres Ressourcenverbrauchs anfällt) haben wir jetzt nur noch den gefährlichen, radikalen Weg zur Auswahl, welchen die Initiative vorschlägt. Das ist schade.

So sehr das Ziel einer ressourceneffizienten Schweiz verlocken mag, die Initiative ist gefährlich für unser Land. Sie ist deshalb abzulehnen, während wir als Gesellschaft und Volkswirtschaft weiterzuarbeiten haben an der Verminderung unseres Ressourcenverbrauchs. Und zwar nicht mit Zwang, sondern mit Innovation, mit Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg und vor allem mit der Selbstverantwortung jedes Einzelnen.

Stefan Müller-Altermatt, Nationalrat, Herbetswil



Auch die Präsidien der CVP 60+ des Kantons Solothurn (Peter Henzi) und der jungen CVP des Kantons Solothurn (Co-Präsident Simon Grünig) sind sich einig und empfehlen ein klares Nein.

4 Nein zur Benachteiligung der Schwächeren

Wem die Rente nicht ausreicht, wird mit Ergänzungsleistungen (EL) unterstützt. Viele Rentnerinnen und Rentner würden nach Annahme der Initiative nicht besser fahren, da sie anstelle von Ergänzungsleistungen eine Rente erhalten würden. Und vor allem: Alle weiteren Vergünstigungen im Alltag würden damit aber entfallen und die Rente wäre dann sogar noch steuerpflichtig. Die Rentnerinnen und Rentner der unteren Einkommen mit bescheidener Vorsorge hätten zum Schluss sogar weniger im Portemonnaie als zuvor.

5 Nein zur massiven Erhöhung der Lohnbeiträge

Die Initiantinnen und Initianten schlagen vor, die zusätzlichen Kosten mit einer Erhöhung der Lohnbeiträge zu decken. Das würde bedeuten, dass ab sofort sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer je 0,5 Prozent mehr einbezahlen müssten. Dies in einem Moment, in dem unsere KMU mit dem teuren Franken ohnehin geschwächt sind. Diese Erhöhung der Beiträge würde aber auch bedeuten, dass alle Arbeitnehmenden weniger Geld im Portemonnaie haben als heute. Dies wäre vor allem für Familien und Personen mit tiefen Einkommen belastend. Damit erreicht die Initiative genau das Gegenteil von dem, was sie vorgibt.

Die Initiative ist völlig quer in der Landschaft und gefährdet die Altersreform 2020. Sie gefährdet damit die Sicherung der AHV-Renten für die jetzt aktive Generation. Das dürfen wir nicht riskieren! Der Bundesrat und über drei Viertel des National- und des Ständerates lehnen die Initiative deshalb ab. Auch ich empfehle Ihnen ein klares Nein.

Pirmin Bischof, Ständerat, Solothurn